

Sächsische Vorkzeitung und Elbgaupresse

Off. u. L.

Verlagsort: Amt Dresden Nr. 31307

Umtsblatt

Telegr.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden
für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpöritz, Hofierwitz, Pilsnig, Weißig, Schönfeld
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Löbnitzgemeinden, Dresden-Striesen, Neugruna und Tolkenwitz

Druck und Verlag: Elbgaupresse-Verlagsgesellschaft Hermann Decker & Co.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 9.— ausschließlich Bestellgeld;
durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 9.—, monatlich 3.—;
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 8 40, monatlich 2 80.

Blasewitz
Donnerstag, 1. April 1920.

Anzeigen-Preis: die 6-spaltige Grundzeile oder deren Raum
1.— Mark, im Textfeld die Zeile 250 Mark, für Tabellen- und
schwierigen Satz 50% Aufschlag.
Anzeigen-Aannahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Bismarck.

Freudenfeuer lodern von Bergen und Türmen in deutlichen Höhen empor zum Himmel, leuchten hinein in die Lande, in die nunmehr 106 Jahre vergangen sind seit jenem denkwürdigen Tage, an dem der Deutsche der Deutschen seinem Volke geschenkt ward, jenem 1. April 1815. Bismarck, der Reichskanzler! Er, bei dessen Namen uns Schauer der Ehrfurcht, Mahnen an Einigkeit durchdringen. In ihm verkörpert sich die einstige Größe und Macht des deutschen Volkes. Bismarck, der zum ersten Male am 15. Dezember 1867 die Einzelstaaten zu Einigungskonferenzen nach Berlin berief, auf denen als Ergebnis seiner Bemühungen am 7. Februar 1871 22 Staaten die vereinbarte Bundesverfassung unterzeichneten und einig unter Preußens Führerschaft traten. Einigkeit! Das war der Gedanke, der sein ganzes Leben ausfüllte, in dem er des Volkes Wohl erkannte. Immer war er erfolgreich bestrebt, freundschaftliche Beziehungen zu Angeln anzuknüpfen, während er mit Frankreich sehr wenig sympathisierte. Da kam der Krieg mit Frankreich. Am 19. Juli 1870. Immerwährend war Fürst Bismarck bei den kämpfenden Truppen. — Deutschlands herrlicher Morgen taget! Der 18. Januar 1871, an dem Bismarck König Wilhelm von Preußen zum Deutschen Kaiser ausrief in jenem Spiegelssaal zu Versailles, in dem noch nicht ein halbes Jahrhundert später der Geistesblitz unserer Staatsmänner, Crasberg, 1919 den schmuckvollsten Friedensvertrag, den je die Welt gesehen, unterzeichnete. Des Deutschen Reiches ruhmvolles Ende sah derselbe Saal, in dem einst Bismarck gehandelt und unser Volk zur Sonne gehoben hat. Zu einigen Vätern mochte er in jenen Tagen alle deutschen Stämme umflorte haben wehen Holzmast! Der 30. Juli 1898! Die Trauerkunde siegt durch deutsche Lande: Bismarck tot! In Friedrichshagen schläft Fürst Otto von Bismarck an der Seite seiner Gemahlin seinen letzten Schlaf. Von Eichen seine Werk umraucht! — Bismarck tot! — Sein Wert zertrümmert! — Ein wilder Sturm zerhaut die Eichen! — Bismarck 105. Geburtstag! — Hierin! — Auferstehung! Der! Gib dem Volke bald einen Bismarck wieder!

Fortschritt der kommunistischen Bewegung.

Die kommunistische Bewegung im westdeutschen Industriegebiet hat leider weiter um sich gegriffen und hat die Besetzung desselben durch die Entente-Truppen wahrscheinlicher gemacht, wie aus untenstehenden Nachrichten ersichtlich. Was das für unsere Kohlenversorgung und Versorgung zu bedeuten kann wird, kann man, ohne Prophet zu sein, voraussetzen. Neben wir jetzt schon in allen Industrien und Haushaltungen an Kohlenmangel, so wird derselbe nach der Besetzung im Unabsehbaren steigen, denn es ist wohl selbstverständlich, daß, wenn die Entente die Kohlenbetriebe in die Hand nimmt, sie erst ihre eigenen Länder versorgen wird. Die Regierung vermag einwirkende noch immer mit den Aufrührern. Die verbreitete nachstehende Berliner Meldung: Im Anschluß an die Besprechungen, die am Dienstag vormittag mit den Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen, den sozialdemokratischen Parteien und der Reichsregierung stattgefunden haben, hat die Reichsregierung auf die dort vorgetragenen Wünsche mit nachstehendem Schreiben geantwortet:

Berlin, 30. März 1920. Die Reichsregierung sieht nach wie vor in dem Vliesfelder Abkommen eine geeignete Grundlage für die Regelung der Verhältnisse im Ruhrgebiet und für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände. Sie hat auch ihrerseits sich an das Vliesfelder Abkommen gebunden und die Truppen bisher nicht in das Industriegebiet einmarschieren lassen. Dies hat der Reichswehrminister gestern in der Nationalversammlung ausdrücklich festgestellt. Dagegen ist von der anderen Seite, obwohl inzwischen sieben Tage verstrichen sind, nicht das geringste geschehen, um die aus dem Vliesfelder Abkommen sich ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. Im Gegenteil: Ziel ist unangenehm angegriffen worden. Veränderungen haben in zahlreichen Orten stattgefunden, expressive Eingriffe in Bantdepots und in die Verhältnisse der Reichsbank haben sich ereignet. Lebensmittel usw. sind gewaltsam weggenommen worden. Märsche aus Stadt und Land treffen ununterbrochen bei der Reichsregierung ein. Nicht die Regierung ist, wie von jedem Einsichtigen anzunehmen werden muß, dieser Not ein Ende zu machen und wieder für alle Bewohner im Ruhrgebiet geordnete Zustände herzustellen. Dies soll auf der Grundlage des Vliesfelder Abkommens geschehen, bei dessen Abschluß die Abberufung des Generals Watter nicht nur nicht verlangt, sondern ausdrücklich abgelehnt wurde. Im übrigen wird die Durchführung der notwendigen Maßnahmen, die bereits vom Reichsminister in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung mitgeteilt wurde, unter Beteiligung von Zivil- und Verwaltungsbeamten und in der Form erfolgen, daß die Bevölkerung mehr als 48 Stunden Zeit haben wird, von sich aus geordnete Zustände herzustellen, so daß die etwa notwendig werdende Anwendung von Gewalt nur auf Aufrührer und Verbrecher beschränkt sein wird. Die Reichsregierung, etc. Müller.

Es liegen noch nachstehende Meldungen vor:

Essen, 30. März. Wie die „N. B. Z.“ erfährt, finden augenblicklich Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Zentralrat in Essen statt. Wenn auch die Regierung formell darauf beharrt, daß die Bedingungen des Ultimatum bis heute mittag durchzuführen werden, andererseits der Zentralrat mittels, daß aus technischen Gründen eine sofortige Einweisung der Roten Armee unmöglich ist, werden die militärischen Stellen angewiesen, ohne Weisung aus Berlin nichts zu unternehmen, was zu einer Verstärkung der Truppen führen könnte. Das Reichskabinett hielt heute vormittag

eine Sitzung ab, um über die neu zu treffenden Maßnahmen zu beschließen.

Berlin, 30. März. (Amtlich.) Die den Militäroberbefehlshabern mündlich oder schriftlich erteilte Vollmacht, eine Verstärkung der auf Grund des Artikels 48 erlassenen Ausnahmebestimmungen nach eigenem Befinden bei Gefahr im Verzuge einzusetzen zu lassen, insbesondere die Standgerichte, die in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Aachen und Münster, sowie im Bezirk der Reichswehrbrigade 11 (Westteil Thüringens usw.) bestehen. Auch hier werden die selben, sobald die Lage es gestattet, aufgehoben werden.

Dortmund, 31. März. General Watter hat den Befehl bekommen, den Vormarsch einzustellen.

Münster, 30. März. Duisburger Banken berichten, daß das Exekutivkomitee der Kommunisten in Duisburg sämtliche Banken beschlagnahmt hat. In einem Teile des Kreises Lüdinghausen haben rote Truppen geplündert und die Landwirtschaft gebrandschatzt. Von einzelnen Hofbesitzern wurden 5- bis 10000 Mk. unter Androhung der Plünderung ihres Bestandes erpreßt. Technische Nachrichten kommen aus dem Kreise Recklinghausen. Eine Eisenbahnbrücke bei Selm im Kreise Lüdinghausen wurde von roten Truppen gesprengt.

Koblenz, 30. März. Die hiesigen Blätter berichten: Kommunistische Sendboten aus dem Ruhrrevier, die sich Eingang in das besetzte Gebiet zu verschaffen wußten, versuchten auf dem linken Rheinufer, namentlich in den großen Fabriksiedlungen, die Arbeiterschaft aufzuwecken. Die Militärs trafen Sicherheitsmaßnahmen und verboten die Abhaltung von kommunistischen Versammlungen.

Böhm, 30. März. Der alte Arbeiterrat ist hier abgelehnt und durch einen radikalen ersetzt worden. Er hat den Generalkriegsproklamation. Es wird die sofortige Zurückziehung der Truppen und die Abberufung des Generals Watter verlangt. Die Straßenbahnen haben den Betrieb eingestellt; ebenso fahren die Personenzüge der Staatsbahnen nicht. Auch in Dortmund ist der Generalkriegsproklamation worden. Der aus Wehrheitssozialisten, Unabhängigen und gemäßigten Kommunisten bestehende Volksguard in Düsseldorf ist heute vormittag von radikalen Kommunisten verhaftet worden. Es wurde ein rein kommunistischer neuer Volksguard gebildet. Der Rote Zentralrat in Weisbaden steht seit Freitag in funktentelegraphischer Verbindung mit dem Moskauer Zentralrat und mit der Oberleitung der gegen Polen marschierenden russischen Roten Armee. Der Zentralrat in Essen proklamierte sofort nach der Bekanntgabe der Ausführungsbestimmungen des Generals Watter den Generalkriegsproklamation für das ganze Rheinland und Westfalen. Seit gestern abend ruht dort also jede Arbeit.

Frankfurt a. M., 30. März. Eine gestern abend tagende Versammlung der Frankfurter Betriebsräte beschloß, sofort in den Generalkrieg einzutreten, falls Reichswehrtruppen das rheinisch-westfälische Industriegebiet betreten sollten. Der Aktionsausschuß der revolutionären Betriebsräte Groß-Berlins hat an den Zentralrat in Essen folgendes Telegramm geschickt: Die Arbeiterschaft Berlins verfolgt mit größter Spannung die Bewegung dort und steht kampfbereit. Bei Truppenmarsch Generalkriegsproklamation. Volkerversammlung revolutionärer Betriebsräte heute abend Böhm-Prauerer, Bunsenlauer Allee. Erbitten dahin definitiven Bericht über die Lage.

Hannau, 30. März. In einer Rundgebung erklärt die oberbayerische Bauernschaft, daß sie angesichts der außerordentlich gefährdeten Lage, die dem deutschen Volke, jedem einzelnen Bürger, Bauern und Arbeiter durch den nahenden Bolschewismus droht, gewillt ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, Hand in Hand mit der verfassungsmäßigen Regierung die Ruhe aufrechtzuerhalten. Sollten unverantwortliche Elemente die Ordnung und Sicherheit in den Städten stören, und von da aus die Unruhen auf das Land tragen, so muß die heftige Bauernschaft als Abwehr gegen diesen unerhörten Terrorismus, der sich gegen die Gesamtheit der Bevölkerung richtet, sofort in den Vliesfelder treten, um den Aufrührern die Lebensmöglichkeit abzuschneiden.

Rotterdam, 30. März. Der „Dain Chronicle“ meldet aus Paris: Das Fortschreiten der Verfassung der Kommunisten im Ruhrgebiet hat in der Sonntagsabend der allierten Vertreter zu dem Beschluß geführt, das besetzte Gebiet für militärisch gefährdet zu erklären.

Genf, 30. März. Der „Temps“ meldet: Die Durchführung der militärischen Gegenmaßnahmen gegen ein Uebergreifen der roten Arbeiterbewegung auf das besetzte Gebiet ist Frankreich übertragen worden. Für die Dauer des Gefahrenzustandes im besetzten Gebiet wurden die englischen und belgischen Kommandos dem französischen Oberbefehl unterstellt.

Köln, 30. März. In Erwartung des Vorabend der Reichswehrtruppen gegen das Ruhrgebiet, das Dienstag erfolgen soll, sind zwischen Aachen und Arefeld englische und belgische Truppen in großer Anzahl zusammengezogen worden. Der englische Oberkommandierende ist Sonntag früh nach Arefeld abgereist. Für Dienstag sind bereits Anordnungen ergangen, die die Rheinübergänge unter verstärkter Kontrolle stellen. Die die „Times“ aus Paris melden, ist Marschall Foch am Sonnabend von neuem in das besetzte Gebiet gereist.

Im Laufe des heutigen Vormittags liefen nachstehende Telegramme ein:

Berlin, 31. März. Dem „Berl. Tagebl.“ wird aus dem Haag gemeldet, daß nach dem „Alfa Handelsbl.“ am Sonntag ein belgischer Offizier und ein Beamter dem Spartakistenführer Wilt in Duisburg ein Ultimatum auf sofortige Räumung von Duisburg und Wahrung einer Neutralitätszone von 10 Kilometer östlich des Rheins überreicht haben. — Die aus Haag berichtet wird, ist in Oagen der gestern

proklamierte Generalkrieg abgesetzt worden. Die Straßenbahn verkehrt wieder. — Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanzeigers“ sind gestern nachmittag die Reichswehrtruppen vor Hamm eingetroffen. Weiter wird aus Hamm gemeldet, daß die drei spartakistischen Parteien das Ultimatum der Regierung mit der Proklamation des Generalkriegs im Supportal beantwortet haben. Nur die offiziellen Wehrkräfte arbeiten noch. Ausschreitungen fanden nicht statt. — Nach der „Voss. Ztg.“ ist im Ruhrgebiet der Generalkrieg nur in einzelnen Orten ausgebrochen, so in Bochum und Elberfeld. Die zahlreichen, durch Elberfeld ziehenden Truppen der Roten Armee bringen eine besondere Note in das Verkehrsbild. Man sieht Abteilungen, die zur Verklärung der Front nach Norden gehen und vielfach für ihren Transport nach Duisburg Straßenbahnwagen requirieren, und ebenso einzelne Gorden, die aufgelöst der Heimat zufahren. Die Eisenbahnbeamten und ähnlich organisierten Arbeiter im Ruhrgebiet sind gegen den Spartakistenterror in einen Generalkrieg eingetreten. Die Streikenden haben sich jedoch bereit erklärt, abgebenfalls Waffentransporte zum Wehrheitskommando nach Münster zu befördern. — Ein Vertreter der Roten Armee aus Aachen stellt fest, daß bis Dienstag morgen noch keine Regimentsgruppen südlich der Lippe standen, doch hätten starke Reichswehrpatrouillen im Laufe des Tages nach Dörsten über die Lippe vor. Dort sollen die Roten Truppen die Lippebrücke gesprengt haben. Reichswehrtruppen, die an anderen Orten den Lippeübergang zu besetzen suchten, sollen nach spartakistischer Darstellung geschlagen worden sein. — Die „Voss. Ztg.“ hört auf Anfrage beim Reichswehrminister, daß von einem Abschießbefehl des Generals von Seeckt nicht das mindeste bekannt ist. Der General hat zu solchem Schritt aus keine Veranlassung.

Flaun, 31. März. Der hiesige Bürgerrat hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab, in der über die Forderung des Falkenheimer Kommunisten Max Bötz, wöchentlich 100 000 Mk. an ihn für die Rote Garde abzuliefern, beraten wurde. Die erste Rate, die bis Dienstag abend 9 Uhr im Falkenheimer Schloß abgegeben sein sollte, wurde vom Bürgerrat bewilligt und zur sechsten Stunde Bötz zur Verfügung gestellt.

Deutsche Nationalversammlung.

157. Sitzung vom 30. März 1920.

Das Haus legt zuerst die Besprechung über die Erklärung der Regierung fort, ohne daß dieselbe noch wichtige Momente zeitigt. Darauf ergriff Reichskanzler Müller das Wort und führt u. a. folgendes aus: Im Ruhrgebiet, im Rheinland und in Westfalen ist Erregung vorhanden, weil man scharfe militärische Maßnahmen erwartet. In der gestrigen Kabinettsitzung wurde beschlossen, alle unnötigen Schöffheiten zu vermeiden. Die Truppen dort sind regierungstreuen. Sie legen nicht nach Arbeiterblut, wie man in Elberfeld sagt. Es ist Blut genug geflossen. So überhaupt Truppen in Bewegung gesetzt werden, geben Zivilkommissare voraus, um aufzuklären. Nahrungsmittel werden angeliefert; denn die Lage in dieser Beziehung ist furchtbar. In Elberfeld droht man von neuem mit dem Generalkrieg. Ein gemeinsames Flugblatt beider sozialdemokratischen Parteien verurteilt die unverantwortlichen Raubzüge der sogenannten Kommunisten ins rechte Licht zu setzen. Erschütterung hat die spanische Regierung ausgemittelt, daß wir zwei bis drei Wochen lang eine erhöhte Truppenzahl in das neutrale unruhige Gebiet senden können. Damit haben wir eine große Bewegungsfreiheit und wir hoffen, daß wir die Ruhe wiederherstellen können mit Hilfe der vernünftigen Arbeiter. Die Bedingungen des Generals Watter sind gemildert worden. Wir hoffen eine Entspannung in wenigen Tagen.

Reichsminister Koch: Die demokratische Regierung ist keine Parteiregierung. Zu regieren wird vielfach von struppelosen Parteilichungen versucht. Unsere Schuld wird es nicht sein, wenn die Befehle über die Entschädigung der Auslandsdeutschen nun nicht mehr von der Nationalversammlung verabschiedet werden können. Noch schlimmer ist es, daß die Wahlen nun gemacht werden müssen, bevor die Abstimmen in den besetzten Gebieten beendet sind. Der Versuch war glänzend vorbereitet, scheiterte aber am Volke. Deshalb ging die Regierung aus Berlin? Weil es nicht Sache der Führer sein kann, sich im Augenblicke der Gefahr vorn im Schützenraden gefangen nehmen zu lassen. Dieses Vorgehen war Kapps Verhängnis. Die Maßnahmen der Regierung gegen die Erregung im Westen halten die richtige Mitte zwischen der Rücksicht gegenüber denen, die nur aus Unverstand zu lange auf der Straße geblieben sind, und der Strenge gegenüber denen, die von links her die Anarchie eifern.

Abg. Veicht (Bauer. Vp.): Wir sind gegen jede Revolution. Ob das im Ruhrgebiet Bolschewismus ist, steht noch dahin, aber es kann daraus werden. Das Ultimatum war nötig, weil wir Ruhe und Ordnung brauchen. Aus dem Programm der neuen Regierung bekräftigen wir den anerkanntwertigen Fortschritt der sozialen Gesetzgebung in der bisherigen Richtung.

Abg. Weitz (Zog.): Die Herren Heine und Herz hätten am 9. März schon das Parlament auf die Gefahr des drohenden Furches aufmerksam machen müssen. Der Vorstoß war von langer Hand vorbereitet. Kapp hatte lange mit Ludendorff verhandelt und nach Generalen gesucht, die den Mut einer Gewaltpolitik hätten. General v. Seeckt hatte angeordnet, daß die Helfreiwilligen in Pommern bis zum 10. April zusammenzubringen sollten. Die Zusammenlegung dieser Regimenter ist eine Gefahr für das Land, und ich verlange deren